

„Kiel verweigert Ausbau der L 71“

Auch in den nächsten Jahren kein Geld für die Ahrensböcker Straße

REINFELD „Nie hat eine Landesregierung mehr Einnahmen zur Verfügung gehabt und niedrigere Zinsen bezahlen müssen wie die jetzige Albig-Regierung. Und noch nie hat eine Landesregierung in den letzten 45 Jahren so wenig in die Zukunft des Landes investiert wie diese. Sie hat die Investitionen auf den Stand von 1970 gesenkt und lässt unsere Infrastruktur verloddern. An der Landesstraße 71 in Reinfeld kann man diese falsche Politik exemplarisch besichtigen“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete und Ex-Finanzminister Rainer Wiegard.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Reinfelder CDU-Fraktion, Torsten Fuhr, und dem Ortsvorsitzenden Lorenz Hartwig informierte sich Wiegard über die aktuellen Planungen. Seit mehr als 35 Jahren versucht die Karpfenstadt, die Sanierung der Ahrensböcker Straße bis zur Elschenbek umzusetzen. Die Straße weist das halbrunde Profil aus der Vorkriegszeit auf, und eine endlose Aneinanderreihung von Teerflicken. Der einseitige Fußweg

ist schmal und ebenfalls sanierungsbedürftig.

Ein Abfräsen und eine neue Asphaltdecke wäre nur eine Vergeudung von Steuergeldern, die Straße müsse grundsaniert werden, so haben es auch die Reinfelder Stadtverordneten beschlossen und dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt. Hauptproblem ist der Flächenbedarf für Straße, Fuß- und Radweg.

„Dieser kann nur über den Kauf privater Grundflächen gedeckt werden. Es muss unbedingt eine Zusage des Ministeriums für Planung und Finanzierung kommen“, fordert Lorenz Hartwig. Zurzeit liegt nur eine Zusage zur Instandsetzung eines Teilschnitts vor, dem Ausbau der gesamten innerörtlichen Straße hat das Ministerium gerade eine Absage erteilt.

„Da die L 71 insgesamt keine Netzfunktion erfüllt und eine vergleichsweise geringe Verkehrsbelastung aufweist, gehört sie nicht zu den prioritären Projekten des Landes.



R. Wiegard

Daher stehen mittelfristig leider weder für einen Ausbau noch für eine Sanierungsmaßnahme entsprechende Landesmittel zur Verfügung“, heißt es im Schreiben aus dem Wirtschaftsministerium vom 4. August. Torsten Fuhr: „Das ist ein Schlag ins Kontor.“

Fast ein Drittel aller Landesstraßen sind dringend sanierungsbedürftig. „Auf über 1100 Kilometern – das ist so weit wie von der dänischen bis an die italienische Grenze – haben es die Autofahrer mit schlechtem Untergrund und Schlaglöchern zu tun“, stellt Wiegard fest. Und die Landesregierung stelle nicht mal genug Geld zur Verfügung, um selbst diesen schlechten Zustand zu erhalten.

„Die Albig-Regierung tut wirklich alles, um die Infrastruktur in unserem Land weiter zu schwächen“, so Wiegard. Auch bei der Verteilung der GVFG-Mittel des Bundes würden die Prioritäten falsch gesetzt. Der Neubau von Straßen werde gar nicht mehr gefördert, für Sanierungen gälten geringere Quoten. *st*